

## Haushaltsberatungen 2015

Rede Rm Münch - FBI

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die Freie Bürgerinitiative FBI will ich heute nur einige, kleine Aspekte ansprechen. Das Thema Sicherheit: Haushaltssicherheit, aber vor allem auch die Sicherheit der Menschen, die in dieser Stadt leben.

Zunächst mein Dank an den Herrn Stadtkämmerer und die Kämmerei, die uns einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorgelegt haben. Nun ist es originäre Aufgabe der Politik, das nicht nur abzunicken, sondern das so zu machen: dass in politische Güsse schicken, was man daraus haben will. Vieles, gerade was die Sicherheitsthemen angeht, wird die FBI nicht mittragen, aber da sind ja auch andere mittlerweile auf den Geschmack gekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das ganze mal FBI-Rettungsschirm für Dortmund genannt, weil es tatsächlich um Sicherheit geht. Die eine Sache ist, Sie werden es, liebe Bürgerinnen und Bürger, gehört haben, es soll viel gespart werden. Nur sicher ist Ihnen aufgefallen, wo nicht gespart wird. Bei der Politik. Da wird nicht gespart. Der Rat steckt sich über die Fraktionen jedes Jahr 1,5 Mio. Euro Fraktionszuwendungen zu. Das haben die gegen meine Stimme hier beschlossen. Seit 15 Jahren versuche ich klar zu machen: Wenn überall gespart werden muss, dann ist es nicht nur ein Zeichen oder ein Symbol, sondern verdammt Pflicht, dass auch die Politik spart. Deswegen stelle ich auch wie gesagt seit 15 Jahren diesen Antrag, dass die Fraktionszuwendungen um 50 % gekürzt werden. Aber jeder Ratsvertreter, jeder Bezirksvertreter kostet auch Geld. Wir haben 324 in Dortmund. Und das sind auch zuviel. Die meisten sind, wenn sie regelmäßig an Sitzungen teilnehmen, nur „Abnicker“. Deshalb, auch das fordere ich seit 15 Jahren, Reduzierung. Aber nein, Reduzierung der Anzahl in den Bezirksvertretungen oder im Rat heißt natürlich, dass die großen Fraktionen „Abnicker“ verlieren. Deshalb findet das auch keine Mehrheit. Sehr schade eigentlich.

Die Frage ist doch, warum die größte Fraktion, die SPD, 500.000 Euro im Jahr braucht; eine halbe Millionen. Also was macht Ihr mit einer halbe Millionen Euro. Ich weiß nämlich, dass Sie mit 130.000 Euro im Jahr weniger auskommen könnten. Das hat nämlich der große Ernst Prusse versucht. Er wollt nämlich mit 130.000 Euro Fraktionsgeldern die Privatklagen bezahlen. Aber das bedeutet doch im Umkehrschluss, Sie brauchen nicht 130.000 Euro. D.h., Sie kommen genau so gut mit 350.000 Euro aus. Das sollte endlich auch mal angepackt werden. Ich bin gespannt, ob die AfD, die ja nur 10% symbolisch wollten, ob Sie meinem Antrag zustimmen werden, dass wir auf 50% gehen. Denn wenn es ums Geld geht, geht es natürlich immer um die Linken. Da zeigen die sich immer von ihrer sozialen Seite. Wenn es dann um das Eingemachte geht, selbst mal finanziell etwas bringen, dann denke ich, haltet Ihr genau so gut die Taschen auf, wie die Etablierten.

Punkt 2, Haushaltsautonomie erhalten. Wir haben in Dortmund große Probleme. Ein Viertel der Menschen, etwas 150.000 leben an der Armutsgrenze, sind von der Armut bedroht. 33 %, also ein Drittel aller Kleinkinder wachsen in Armut auf. Das sind 22.000 Kinder. Trotzdem

gibt die Stadt Dortmund 8 Millionen Euro aus, für Südosteuropäische Armutszuwanderer. Als wenn wir mit den eigenen nicht schon genug Probleme hätten. Hier muss der gesunde Menschenverstand doch sagen, das Geld muss zurückkommen. Es kann doch nicht sein, dass hier die EU oder der Bund nur projektorientiert fördert. Ich erwarte, und das sagt auch mein Antrag, eine Forderung letztendlich an die Bundesregierung: Komplettübernahme aller Kosten die uns durch die Südosteuropäische Armutszuwanderung hier betreffen.

Punkt 3, Wohn- und Lebensqualität durch mehr Sicherheit verbessern. Als ich das gelesen habe, Ordnungspartnerschaften Präsenzdienste einsparen, habe ich gedacht, weiß der Rat gar nicht, was in der Stadt los ist? Wenn Sie sich die aktuelle Kriminalitätsstatistik des Bundesinnenministeriums anschauen, ist in keiner anderen Stadt in Westfalen und im Ruhrgebiet die Gefahr so groß, Opfer einer Straftat zu werden, wie in Dortmund. Stört es einen? Nein, das wird nur verwaltet. Wenn wir uns andere Städte anschauen - das sollten wir uns zum Vorbild nehmen - die haben 30 % niedrigere Kriminalitätsraten. Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum, Münster oder Bielefeld, 44 % weniger Kriminalität. Deshalb ist es ganz wichtig, hier endlich auf ein erträgliches Maß an Straftaten runter zu kommen und nicht nur um 1, 2, 3 Prozente. Deshalb muss es heißen: mehr Präsenz durch Ordnungskräfte, aber auch mehr Präsenz durch Polizei. In Dortmund fehlen, um nachhaltig zu einem deutlichen Rückgang der Kriminalität zu kommen, 50 Polizisten. Das ist Ländersache, deshalb hab ich das auch geschrieben, dass wir das von der Landesregierung einfordern müssen. Genau so gut steht es uns gut an, einen Kriminalitätspräventionsrat wie in Gelsenkirchen, einzurichten, um tatsächlich Multiplikatoren, Bürger, alle an einen Tisch zu bekommen, um hier präventiv gegen Kriminalität vorzugehen. Wenn das Wirklichkeit wird, was hier von FDP, von Linken, von Grünen gefordert wird, Wiedereinführung des Straßenstrichs. Also zumindest liebäugelt man damit, dass man den Straßenstrich nicht abschaffen wollte, dass einige wohl sogar Prozesshilfe geben. Wer den Straßenstrich wiederhaben will, der leistet politische Beihilfe zum Verbrechen.

Dann komme ich zum nächsten Punkt: Lokale Pressefreiheit schützen. Wenn wir die engagierten Reporter und Redakteure sehen, ist es für mich unerträglich, dass tatsächlich in Dortmund Zensur geübt wird. Es kann nicht sein, um nur ein Beispiel zu nehmen, was belegt ist, dass die Polizei, die die Herkunft von ausländischen Straftätern angibt in ihren Pressemitteilungen und in der Zeitung oder den Medien das zensiert wird. Da sollten wir uns, denke ich, beim deutschen Presserat beschweren, dass wir hier in Dortmund objektive Berichterstattung wollen. Der andere Punkt ist, wenn Sie an die letzte Wahl denken, da muss eigentlich auch akzeptiert werden, dass die beste Strategie ist, rechtsextreme Parteien aus dem Rat und aus den Bezirksvertretungen zu bekommen, Protestalternativen aufzuzeigen. Da ist es nun einmal so, man kann zur AfD stehen, wie man will: da wo die AfD angetreten ist, sind die Rechten, mit Ausnahme der Nordstadt, nicht in eine Bezirksvertretung eingezogen. Wo die AfD in irgendwelchen Landtagen ist, ist die NPD rausgeflogen. Deshalb denke ich, sollte es Aufgabe der Presse sein, auf Protestalternativen hinzuweisen. Wir sehen das nämlich in Dortmund Scharnhorst, da hat auch die FBI kandidiert. In Eving ist es auch der FBI gelungen, die Rechten rauszuhalten. In Scharnhorst ist von der Presse leider gar nichts gekommen und deshalb sind die Rechten erstmals auch in Scharnhorst drin.

Zum letzten Punkt: Ich bin ein bisschen enttäuscht. Normalerweise steht der Kampf gegen Rechts immer ganz in der Mitte. Aber auch von den Grünen oder Linken kam da gar nichts. Und zwar möchte ich bitten, dass der Rat einen wohnquartierorientiertem Aktionsplan gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Integrationsverweigerer und Ausländerkriminalität beschließt. Ich hab hier eine Karte beigelegt. Wir sollten langsam zu einem ursachenorientierten Kampf gegen Rechtsextremismus kommen. D.h., wir sollten die

Probleme in Quartieren, wo viele Leute rechts wählen, anpacken. Denn keiner wird als Nazi geboren oder als Nazi-Wähler, sondern, dort wo die Rechten stark sind, sind Probleme im Zusammenleben mit Ausländern vorhanden. Keiner wird als Ausländerfeind geboren und deshalb sollten wir hier kleinräumlich die Quartiere anpacken, damit wir 2020 keine Rechten mehr im Rat und in den Bezirksvertretungen haben. Deshalb hoffe ich auf Ihre Zustimmung.

Dankeschön!